

Substanzielles Protokoll 129. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 20. Juni 2012, 17.00 Uhr bis 18.56 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Marlène Butz (SP), Guido Hüni (GLP), Philipp Käser (GLP), Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Dr. Richard Wolf (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2012/189](#) Eintritt von Rolf Müller (SVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Weiss (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014
3. [2012/241](#) * Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011 DSB
4. [2010/153](#) * Weisung vom 06.06.2012: FV
Motion der SP-, SVP- und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung
5. [2012/231](#) * Weisung vom 06.06.2012: STR
Rechnung 2012, Trimesterbericht I/2012 zu den Globalbudgets
6. [2012/232](#) * Weisung vom 06.06.2012: VIB
Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung Kraftwerksprojekt Bondea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit
7. [2012/244](#) * Weisung vom 13.06.2012: VTE
Motion von Dr. Martin Sarbach (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Parkplatz-Überhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau, Bericht und Antrag auf Abschreibung
8. [2012/235](#) * STP
E Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau

- | | | | |
|-----|---------------------------------|---|-----|
| 9. | 2012/236 *
E | Postulat von Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 21 Mitunterzeichnenden vom 06.06.2012:
Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ | VS |
| 10. | 2012/211 *
A | Postulat von Ruth Anhorn (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 23.05.2012:
Entlassung einer Anzahl Schulhäuser in stark wachsenden Quartieren aus dem «Spezialinventar» | VHB |
| 11. | 2012/113 | Weisung vom 21.03.2012:
Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011 | FV |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2820. 2012/189

Eintritt von Rolf Müller (SVP) anstelle des zurückgetretenen Urs Weiss (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 18. April 2012 anstelle von Urs Weiss (SVP 9) mit Wirkung ab 14. Juni 2012 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Rolf Müller (SVP 9), El. Ing. EurEta, geboren am 25. April 1955, von Wiliberg/AG, Hardgutstrasse 28, 8048 Zürich

2821. 2012/241

Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011

Art. 37 Abs. 3 GO: Überweisung an die GPK

2822. 2010/153

Weisung vom 06.06.2012:

Motion der SP-, SVP- und der Grüne-Fraktion betreffend Erlass eines Reglements über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen, Bericht und Abschreibung

Die Zuweisung an die SK FD gemäss Antrag des Stadtrats war an der Bürositzung vom 18. Juni 2012 umstritten.

***Martin Abele (Grüne)** stellt den Antrag auf Zuweisung an die GPK: Schon im September 2008 hat der Stadtrat eine Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen erlassen. Diese wurde in der GPK eingehend behandelt und im Dezember 2009 vom Gemeinderat genehmigt. Durch ein Versehen bei der Schlussabstimmung konnte die Verordnung aber nicht in Kraft treten. Daraufhin haben die SP-, SVP- und Grüne-Fraktion eine neue Motion eingereicht. Die vorliegende Weisung bezieht sich auf genau die gleiche Materie, die bereits in der GPK behandelt wurde, deshalb ist es sachlogisch, dass die Weisung jetzt ebenfalls in der GPK behandelt wird. In der GPK besteht ein profundes Vorwissen, das in der SK FD fehlt. Bis auf die Grünliberalen sind übrigens auch alle anderen Parteien mit diesem Vorwissen ausgestattet.*

***Alecs Recher (AL)** beantragt, das Geschäft der SK FD zuzuweisen: Solange über der GPK ein Schleier der Verschwiegenheit hängt, d. h. solange sie mit der Öffentlichkeit anders umgeht als der Rest des Rats, ist sie nicht der richtige Ort zur Besprechung dieser Weisung. Das durchschnittliche Gemeinderatsmitglied hat ein relativ hohes Interesse daran, die Materialien anschauen zu können ohne Angst haben zu müssen, dass irgendjemand nicht dichthält. Einige Ratsmitglieder haben überhaupt keinen Zugang zu den Materialien. Für das vorliegende Geschäft ist aber volle Transparenz für alle Gemeinderatsmitglieder nötig, es gibt keinen Grund, irgendetwas unter dem Deckel zu halten.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Martin Abele (Grüne) mit 91 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist das Geschäft der GPK überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2823. 2012/231

Weisung vom 06.06.2012:

Rechnung 2012, Trimesterbericht I/2012 zu den Globalbudgets

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

2824. 2012/232

Weisung vom 06.06.2012:

Elektrizitätswerk, Bergeller Kraftwerke, Projektierung Kraftwerksprojekt Bondea, Erhöhung neuer Ausgaben und Vorinvestitionskredit

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

2825. 2012/244

**Weisung vom 13.06.2012:
Motion von Dr. Martin Sarbach (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend
Parkplatz-Überhang, Erlass einer Verordnung für dessen Abbau, Bericht und
Antrag auf Abschreibung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 18. Juni 2012

2826. 2012/235

**Postulat von Eva-Maria Würth (SP) vom 06.06.2012:
Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim
Kunsthhaus-Neubau**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2827. 2012/236

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP) und 21 Mitunter-
zeichnenden vom 06.06.2012:
Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der
geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorge-
sehener Standorte für Asylzentren der AOZ**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2828. 2012/211

**Postulat von Ruth Anhorn (SVP) und Ruggero Tomezzoli (SVP) vom 23.05.2012:
Entlassung einer Anzahl Schulhäuser in stark wachsenden Quartieren aus dem
«Spezialinventar»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Ruth Anhorn (SVP) vom 13. Juni 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2799/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 48 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2829. 2012/113

Weisung vom 21.03.2012:**Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011**

Vergleiche Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission vom 11. Juni 2012

Eintretensdebatte:

Roger Liebi (SVP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2011 vor: Die Laufende Rechnung 2011 der Stadt Zürich schliesst bei einem Aufwand von 7,8497 Mrd. Franken und einem Ertrag von 7,8439 Mrd. Franken mit einem Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 56,6 Mio. Franken. Die Ergebnisverbesserung von 56,6 Mio. Franken ist hauptsächlich wegen einer Reduktion des Sachaufwands und wegen verminderter Energieeinkäufe zustande gekommen. Die Investitionsausgaben von 873,8 Mio. Franken sind 282,4 Mio. Franken tiefer, als im Budget inkl. Zusatzkredite vorgesehen war. Der Selbstfinanzierungsgrad hat sich gegenüber dem Budget erhöht, er liegt bei 77,7 %. Der Investitionsplafond von ungefähr 750 Mio. Franken netto wurde eingehalten. Auch die Gemeindebetriebe haben gute Abschlüsse erreicht, allerdings konnte das ewz etwas weniger als budgetiert an die Stadtkasse abliefern. Das Finanzvermögen hat um 27,5 Mio. Franken auf 5,12 Mrd. Franken abgenommen, das Verwaltungsvermögen hingegen hat aufgrund der Investitionstätigkeiten um 240,5 Mio. Franken auf 6,64 Mrd. Franken zugenommen. Das Fremdkapital hat im Vergleich zum Vorjahr um 149,1 Mio. Franken zugenommen und lag Ende 2011 bei 8,71 Mrd. Franken. Mit dem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung ist das Eigenkapital per Ende 2011 auf 714,1 Mio. Franken gesunken. Die RPK hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Möglichkeiten zur vorzeitigen Beendigung von Cross-Border-Leasing (CBL)-Verträgen teilweise wahrgenommen wurden und ohne Verluste erfolgten. Befremdet ist die RPK jedoch darüber, dass die im Rahmen der Beendigung anfallenden Kosten nicht – wie rechtlich vorgeschrieben – mit einem Zusatzkredit beantragt wurden. Die RPK erwartet von der Stadtverwaltung nach der mehrfach kritisierten Umsetzung von Zusatzkreditbegehren endlich eine Verbesserung. Für das Schulamt wird eine Überschreitung der budgetierten Stellenwerte um 64,4 Vollzeitäquivalente ausgewiesen. Die RPK stellt fest, dass das Schulamt weder bei der Planung des Stellenbedarfs noch beim Controlling der Stellenentwicklung korrekt funktionierende Prozesse eingerichtet hat, und nimmt zur Kenntnis, dass der Direktor des Schulamts eine Task Force eingesetzt hat, um die krassen Mängel im Planungs- und Budgetierungsprozess und im Controlling zu überprüfen. Weiter hat die RPK mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass das ewz Gesellschafterdarlehen nach ihrer Rückzahlung den Rahmenkrediten für die Realisierung von Windenergieanlagen gutgeschrieben hat. Die RPK fordert den Stadtrat auf, die Darlehensrückzahlungen in der Zwischenabrechnung der Objektkredite wieder abzuziehen und die im Budgetanhang aufgeführten Werte der Restkredite anzupassen. Zum Ausblick: Das ewz steht aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, des Bevölkerungszuwachses und mittelfristig auslaufender Lizenzen vor grossen Herausforderungen. Die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise und der neuen Regulierungen in der Finanzindustrie auf die Stadt Zürich sind noch unklar und könnten die Laufende Rechnung der Stadt Zürich mittelfristig beeinflussen. Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklung des Fremdkapitals und der Nettoschulden besonders kritisch beurteilt werden. Andererseits gilt es im Positiven die Planungsgenauigkeit des Stadtrats, namentlich auf der Einnahmen- und Investitionsebene, als sicherndes Element hervorzuheben.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll Nrn. 2830–2836

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2830. 2012/252
Erklärung der SP-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Für eine vernünftige Finanzpolitik mit Augenmass und gegen die bürgerliche Kürzungspolitik

Die Stadt Zürich hat das Rechnungsjahr 2011 mit einer roten Null abgeschlossen. Angesichts der unsicheren Konjunktur und weiteren Unwägbarkeiten ist dieses Ergebnis sehr erfreulich. Umso mehr zeigt es sich, dass das sogenannte "Sparbudget 2011" der bürgerlichen Kürzungscoalition eine unnötige Übung war, die sehr viel Ressourcen gebunden hat, die man besser zu Gunsten der Stadtbevölkerung investiert hätte.

Das Eigenkapital der Stadt Zürich bleibt hoch und ermöglicht auch in Zukunft eine konstante Finanzpolitik. Personal- wie auch Sachaufwand sind tiefer als budgetiert. Der Sachaufwand liegt über 200 Millionen Franken unter Budget und ist auch gegenüber der Rechnung 2010 zurückgegangen. Die Steuererträge der juristischen Personen haben gegenüber der Rechnung 2010 leicht zugenommen, liegen aber unter Budget. Diejenigen der natürlichen Personen sind leicht zurückgegangen. Diese Entwicklung wird jedoch durch Zuwachs bei der Quellensteuer und der Grundstücksgewinnsteuer kompensiert, so dass die Steuereinnahmen gegenüber 2010 weiterhin im Steigen begriffen sind. Der SP ist es ein Anliegen, dass sowohl bei den Quartieren wie auch beim Branchenmix auf eine breite Durchmischung gesetzt wird, um das Klumpenrisiko abzumildern und zu verhindern, dass Bewohnerinnen und Bewohner aus Zürich verdrängt werden.

Die Nettoinvestitionen waren gegenüber dem Budget tiefer (741 Millionen statt 1'003 Millionen Franken). Die Investitionen bleiben wichtig für den Standort, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige und konjunkturstützende Aufträge verschaffen. Mit dem Bevölkerungswachstum müssen auch die öffentlichen Dienstleistungen ausgebaut werden. Als Beispiel kann der Ausbau der Hortbetreuung genannt werden. Die Umsetzung ist richtig und wird sowohl von der kantonalen Gesetzgebung als auch seitens der Eltern gefordert. Die SP verlangt hier eine korrekte Budgetierung der Stellenwerte für die kommenden Jahre.

Die Zusatzleistungen zu AHV und IV wie auch – weniger stark – die Sozialhilfe sind weiterhin im Steigen begriffen. Dies ist in erster Linie auf höhere Krankenkassenprämien und Pflegekosten zurückzuführen, aber auch auf die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Im Spital- und Pflegefinanzierungsbereich bestehen weiterhin grosse Unsicherheiten. Die neuen Finanzierungsmodelle werden die Stadt auf Jahre hinaus stark belasten. Die Tendenz, dass Bund und Kanton immer weitere Kosten auf die Gemeinden überwälzen, lehnt die SP entschieden ab.

Die Finanzen der Stadt Zürich sind kerngesund: Die von den bürgerlichen Parteien immer wieder geforderte Kürzungspolitik entbehrt jeglicher Grundlage. Die SP steht für eine verlässliche Finanzpolitik mit Augenmass ein – im Interesse der Stadt Zürich und ihrer Bevölkerung.

2831. 2012/253
Erklärung der SVP-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011

Namens der SVP-Fraktion verliest Dr. Daniel Regli (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt Zürich auf dem Weg zur ruinösen Wirtschaftspolitik der Euro-Genossen

Die detaillierte Prüfung der Rechnung 2011 der Stadt Zürich bestätigt die SVP darin, dass die konzertierte Budgetrückweisung im Dezember 2011 für verantwortungsbewusste Politiker und Parteien alternativlos war. Die Rechnung der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberhang von rund CHF 6 Mio. Franken ab – nach links-grüner Diktion gleichzusetzen mit einem ausgeglichenen Haushalt oder anders ausgedrückt einer roten Null.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung in der Schweiz relativiert allerdings das wie gewohnt positiv verfärbte Bild der Stadtregierung. So stieg das BIP (Bruttoinlandprodukt) in der Schweiz 2010 um 2.7% und 2011 um 2.4%, währendem für 2012 und 2013 mit teils massiv schwächerem Wachstum gerechnet wird. Trotzdem brachten es die 9 Schönwettergenossen der Stadtregierung und die links-grün-orange Mehrheit dieses Rates fertig, in beiden Jahren defizitäre Rechnungen zu präsentieren. Dies wiegt umso schwerer als dass der städtische Säckelmeister von rekordtiefen Zinsen profitieren kann, dies aber weniger zur Entlastung des Schuldendienstes nutzt, sondern im Gegenteil die Schulden noch ausweitet. Das kommt

zumindest der SVP bekannt vor – es entspricht dem mehrjährigen Finanzgebaren der europäischen Genossen in Gemeinden, Ländern und Staaten. Die Resultate sind bekannt.

Besonders bedenklich bleibt weiterhin der Trend beim Personalaufwand. Die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals übertreffen das Budget erneut um 1.6 Millionen Franken. Dabei sind Lehrerlöhne und Abgeltungen an den Kanton für Lehrer noch nicht eingerechnet. Gegenüber 2010 wird unter dem Budgetposten 3010 10 Millionen Franken, gegenüber 2009 sogar 53 Millionen Franken mehr ausgegeben. Und dies vor dem Hintergrund einer sich massiv verschlechternden Konjunktur rund um die Schweiz herum und der faktischen Aufgabe des Finanzplatzes durch die Zürcher Stadtpräsidentin.

Der deutlich schlechter als erwartete Steuerertrag konnte nur durch die weiterhin massive Zuwanderung einigermaßen aufgefangen werden, fielen doch die Quellensteuereinnahmen um 47 Millionen Franken höher aus als erwartet. Bilanzverbesserung durch Massenzuwanderung – Zürich zahlt in punkto Lebensqualität (verdichtetes Wohnen, Mietpreise, volle Strassen, übervolle Trams, die nun schon handfeste Einschieber am Bellevue benötigen, Energieverbrauch, Wasserverbrauch, Grünflächenreduktion, usw.) einen wahrhaft teuren Preis zur Erhaltung einer ausgeglichenen Rechnung!

Besonders erstaunt in Bezug auf die Lohnaufwandsentwicklung ist die SVP auf der anderen Seite von der Tatsache, dass trotz dem damaligen Wehklagen der linken Parteien und ihrer Stadträte wegen der angeblichen Streichung von Polizeistellen aus dem ursprünglichen Budget des Stadtrates und der angeblichen lebensbedrohenden Nichtgewährung von zusätzlichen Hebammestellen im Stadtspital Triemli ausgerechnet in diesen beiden Rechnungskreisen sogar noch 2.5 Millionen bzw. 3.7 Millionen Franken weniger als im gekürzten Budget 2011 ausgegeben wurde. Die Beurteilung zur Annahme oder Ablehnung der Rechnung hing und hängt bei der SVP nicht von der Grösse des Überschusses oder des Defizits ab, vielmehr geht es darum, die operative Entwicklung zu bewerten. Die in der Rechnung 2011 gegenüber dem Budget ausgewiesene Resultatsverbesserung von 51 Millionen Franken kam u.a. durch folgende Faktoren zustande:

- Auflösung von Rückstellungen beim ewz: 33 Millionen Franken
- Energiehandel ewz: Nettoverbesserung 18 Millionen Franken
- Weniger Abschreibungen: 20 Millionen Franken
- Verzicht auf Planung von Wohnsiedlungen durch Dritte: 43 Millionen Franken
- Verzicht auf Altlastensanierungen: 4.5 Millionen Franken
- Verzicht auf Unterhaltsarbeiten: 30 Millionen Franken

Die Ergebnisverbesserung von einem markanten Defizit zu einer roten Null ist aus Sicht der SVP auf buchhalterische Massnahmen, dem Verzicht auf Wohnungsplanung, was angesichts der in der Vergangenheit von rot-grün überlaut propagierten Wohnbauinitiativen geradezu einer Verhöhnung der Stimmbevölkerung gleichkommt, und des Unterhaltverzichts zurückzuführen. Die wahren Klumpenrisiken blieben einmal mehr unangetastet. Namentlich ist der weitere Anstieg der Schulden auf nunmehr 8.7 Milliarden Franken besorgniserregend – insbesondere im Hinblick auf die Anspruchsmentalität von links-grün und die besonderen exogen verursachten ökonomischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Deshalb kann es für die SVP nur eine Entscheidung geben: Rechnung 2011 ablehnen, Décharge verweigern!

2832. 2012/254 Erklärung der FDP-Fraktion vom 20.06.2012: Rechnung 2011

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Die links-grüne Ausgabenwut wird diszipliniert

Die FDP nimmt das heute präsentierte Ergebnis der Rechnung 2011 mit Genugtuung zur Kenntnis. Das Budget 2011 war dank der disziplinierten bürgerlichen Mehrheit ausgeglichen verabschiedet worden. Schon kurz nach der Abstimmung im März 2011 wurden jedoch bereits wieder neue Ausgaben vom Gemeinderat gegen den Willen der FDP beschlossen. Dabei wurden verschiedene vom Stadtrat gekürzte Ausgaben wie z.B. die Lunchchecks via Zusatzkredite wieder ins Budget aufgenommen. Aufgrund dieser Beschlüsse musste ein Defizit von 58 Mio. Franken befürchtet werden. Erfreulich ist, dass der freisinnige Stadtrat Martin Vollenwyder eine hohe Ausgabendisziplin durchsetzen konnte und somit das Defizit mit 6 Mio. Franken wesentlich geringer ausfällt als budgetiert. Insbesondere der Sachaufwand liegt mit mehr als 200 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Da die Netto-Investitionen um fast 300 Mio. Franken nicht ausgeschöpft wurden, fielen auch die Abschreibungen geringer aus.

Entgegen der links-grünen Schwarzmalerei des Totsparens hat sich herausgestellt, dass die Stadt trotz des abgespeckten Budgets weiterfunktionierte. Auch der angedrohte Investitionsstau angesichts des Budgets

2011 hat sich als geringer herausgestellt als heraufbeschworen.

Der Steuerertrag liegt mit einer Abweichung von 20 Mio. Franken nahezu im Rahmen der budgetierten 2.4 Mrd. Franken. Dieser Betrag war im Vorfeld von Kritikern als zu optimistisch eingeschätzt worden. Einmal mehr hat sich aber die Prognosegenauigkeit des freisinnigen Finanzvorstandes als richtig erwiesen. Mit 168 Mio. Franken gingen deutlich mehr Quellensteuern ein als budgetiert. Somit erweist sich die Personenfreizügigkeit nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die städtischen Finanzen als Segen. Denn nur so konnten die auch 2011 nicht fliessenden Steuereinnahmen der Grossbanken kompensiert werden.

Leider nicht geändert haben sich die stets wachsenden Begehrlichkeiten von Links-Grün. Sie stellen keinen Zusammenhang zwischen Ertrag und Ausgaben her. Dies schlug sich 2011 in der Bewilligung von 57 Mio. Franken an Zusatzkrediten nieder. Ohne diese Forderungen wäre es 2011 sogar möglich gewesen, Eigenkapital aufzubauen. Hinzu kommen unrealistische populistische Volksinitiativen wie z.B. die vom Volk angenommene Ausdehnung des Anteils des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Dies wird die Stadt Zürich in den nächsten Jahren Milliarden von Franken kosten. Für die FDP gibt es keinen Grund, von ihrer Finanzstrategie im Hinblick auf die kommenden Jahre abzuweichen, nämlich weiterhin ein ausgeglichenes Budget zu verlangen.

Sorgen bereiten der FDP die ins Unermessliche steigenden Kosten im Betreuungsbereich. Das jüngste Beispiel sind die 100 zu viel eingestellten Stellen im Schul- und Sportdepartement (SSD). Die FDP erwartet von der eingesetzten Task Force eine sorgfältige Abklärung. Sollten die Antworten für die FDP unbefriedigt ausfallen, wird sie eine Untersuchung durch die GPK beantragen wie damals bei der Sozialhilfe unter Bekanntgabe der verantwortlichen Personen.

2833. 2012/255
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichene Rechnung 2011 – Rückblick auf eine kläglich gescheiterte Profilierungsübung

Blenden wir zurück: eine sparwütige Allianz von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP wies das Budget 2011 zurück. Ohne ein Wort darüber zu verlieren, wie und wo 220 Millionen Franken eingespart werden sollen, übergaben sie vertrauensvoll ihre Verantwortung dem rot-grünen Stadtrat. Ein Akt, der nur aufgrund einer einmaligen Konstellation möglich wurde:

- eine SVP, welche immer und fast überall sparen will – und am liebsten die ganze Stadtverwaltung zu einem KMU zusammenschrumpfen lassen möchte;
- eine FDP, welche ihrem Finanzvorstand in den Rücken fiel;
- eine GLP, welche der Verwaltung von Anfang an mit viel Misstrauen begegnete;
- eine CVP, welche den Höhepunkt ihrer Wankelmütigkeit und den Tiefpunkt ihres Selbstvertrauens erreicht hatte; und
- eine EVP, deren Schwäche von ihren Partnern schamlos ausgenutzt wurde

Die Rechnung 2011 schliesst nun mit einem Aufwandüberschuss von 5,8 Millionen Franken ab. Dieses vordergründig erfreuliche Resultat kam zustande, weil dem Personal viel genommen wurde - keine Lohnmassnahmen, keine Lunch- und Reka-Checks, weniger Beiträge für Aus- und Weiterbildung usw. Das städtische Personal war zu Recht erzürnt, und der Schaden war bereits angerichtet, als danach die Lunch-Checks und eine Million Franken für Prämien wieder mittels Zusatzkrediten ins Budget genommen wurden.

Für die städtische Verwaltung war diese hysterische Sparübung vor allem mit Mehrarbeit, Verzögerungen und Ärger verbunden. Nachhaltiges Sparen sieht anders aus. Die meisten Ausgaben wurden nur verschoben – und nicht aufgehoben. So auch bei den Investitionen: mit 873.8 Millionen Franken wurden die bewilligten Ausgaben nur zu 75.6% ausgeschöpft.

Der städtische Finanzhaushalt ist gesund. Wer etwas anderes behauptet, kennt sich entweder nicht aus oder malt bewusst schwarz, um politischen Profit daraus zu schlagen. Das Eigenkapitalpolster ist mit 714,1 Millionen Franken komfortabel, die Steuereinnahmen sind im 2011 nochmals gestiegen, wobei die juristischen Personen mehr Steuern bezahlt haben, als dies budgetiert wurde – notabene ohne, dass die beiden Grossbanken namhafte Beträge bezahlt haben. Auch lebt Zürich vermehrt von der viel geschmähten Migration in Form von mehr Quellensteuern.

Es ist nun müssig zu diskutieren, wie der Rechnungsabschluss ausgesehen hätte, wenn das Budget im Dezember 2010 nicht zurück gewiesen worden wäre. Die Grünen sind aber nach wie vor der Meinung, dass mit dieser Übung unnötig viel Geschirr zerschlagen wurde und die Nebenwirkungen beziehungsweise der Kollateralschaden gross waren. Das Personal wird so rasch nicht vergessen, was damals passiert ist.

Was bleibt, ist das Bild eines Gemeinderates, welcher kopf- und herzlos einen finanzpolitischen Entscheid gefällt hat – der keinerlei nachhaltigen Spareffekt bewirkt hat. Und es bleibt das Bild eines rot-grünen Stadtrates, welcher die Herausforderung angenommen hat und sie im Rahmen des Machbaren gut gelöst hat. Ob dies im Sinne der sparwütigen Allianz war, ist zu bezweifeln.

Die Grüne Fraktion möchte sich bei allen bedanken, welche sich trotz der widrigen Umstände für das gute Ergebnis eingesetzt haben.

2834. 2012/256
Erklärung der GLP-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Und sie bewegt sich doch...

Die Grünliberalen sind nach wie vor überzeugt, dass die Budgetrückweisung vor etwas mehr als einem Jahr richtig war. Der düsteren Prognosen haben sich nicht bewahrheitet. Ohne den Schulterchluss der rückweisenden Parteien präsentierte sich das Bild der städtischen Finanzen heute schlechter.

Gross war das Gezeter als die Mehrheit des Gemeinderats das städtische Budget 2011 mit einem prognostizierten Aufwandüberschuss von rund 220 Millionen Franken zurückwies und ein ausgeglichenes Budget verlangte. Die Bilder, welche die unterlegene Seite für die Zukunft der Stadt Zürich entwarfen, waren zapenduster. Heute stellen wir fest: Nichts von all dem ist eingetroffen. Allen Unkenrufen zum Trotz funktioniert die Stadt gut und ist nach wie vor äusserst attraktiv. Mehr noch: Gerade eben wurde Zürich wieder einmal zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt.

Die RPK hat in ihren Rückfragen zur Rechnung auch nach möglichen Auswirkungen des Notbudgets respektive des Budgets 2011, Variante B gefragt. Die Antworten aus der Verwaltung waren äusserst aufschlussreich, das Gros tönt ungefähr wie folgt:

- «Absage von noch nicht kommunizierten, aber geplanten Veranstaltungen (z.B. Kontakt-Lunch des Stadtrates mit VertreterInnen der Zürcher Wirtschaft vom Januar 2011)»
- «Nicht unmittelbar dringende Unterhaltmassnahmen wurden aufgeschoben.»
- «In unserem Departement sind keine wesentlichen Verzögerungen aufgetreten.»
- «Bestellungsrückgang im Printshop, da die Dienstabteilungen weniger Aufträge erteilten.»
- «Durch die verzögerte Vergabe von Drittaufträgen kamen einige Projekte (wie zum Beispiel die Entwicklung städtebaulicher Studien und Leitbilder) in Verzug.»
- «Die «Elternbroschüre» wurde nur inhaltlich angepasst, auf eine grafische Neugestaltung wurde verzichtet.»

Und unser Liebling:

- «Reduzierung der Kosten von bereits öffentlich angesagten Veranstaltungen (namentlich 'Braucht Zürich visionäre Projekte?')»

Das tönt doch eher nach vernünftigen Möglichkeiten generell sparsam mit den finanziellen Mitteln umzugehen, als nach Verzweiflung.

Natürlich gab es auch vereinzelt Departemente und Dienstabteilungen, die stärker betroffen und die Einschnitte aus unserer Warte unerwünscht waren. Wir bedauern das. Allerdings trägt dafür in erster Linie der Stadtrat die Verantwortung. Erstens war er fürs Verteilen der Einsparungen verantwortlich, zweitens hat dieser Rat Zusatzkredite in der Höhe von rund 60 Millionen Franken bewilligt und die Rechnung schliesst nun mit einer roten Null ab und drittens demonstriert der Stadtrat immer wieder, dass er, wenn er den Willen hat, jeweils auch einen Weg findet, ihn umzusetzen und zu finanzieren.

Angesichts des präsentierten Resultats und der unsicheren Zukunft sowohl im Bezug auf das wirtschaftliche Umfeld als auch hinsichtlich der Verteilung von Aufgaben und Kosten unter den verschiedenen Akteuren der öffentlichen Hand sehen sich die Grünliberalen bestätigt, den Rückweisungsentscheid vom vergangenen Jahr mitgetragen zu haben.

Die städtischen Finanzen präsentieren sich heute, auch dank dieser Rückweisung, im grossen Ganzen und verglichen mit anderen öffentlichen Haushalten solide. Das ist erfreulich, aber kein Grund für überbordende Begehlichkeiten.

Wir sind uns bewusst, dass die Verwaltung vor grossen Herausforderungen stand und wir finden, dass sie diese recht gut gemeistert hat. Dem Dank der RPK für die Haushaltsdisziplin der städtischen Verwaltungen schliessen wir uns deshalb gerne an.

2835. 2012/257

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2011 besser als erwartet – Zürich auf dem richtigen Weg!

Die Fraktion der CVP nimmt die Rechnung 2011 mit Genugtuung zur Kenntnis.

Das verzeichnete Defizit von 5.8 Mio. Franken ist zwar ein Defizit, gibt aber in Relation zur Grösse des Haushalts der Stadt Zürich keinen Anlass zur Besorgnis. Nach wie vor erfreulich sind die Ergebnisse der Gemeindebetriebe, welche auch 2011 grosse Beträge an die Stadtkasse ablieferten. Ein positives Zeichen setzt auch die Verwaltung selber, realisierte sie doch Einsparungen von 55 Mio. gegenüber dem Budget.

Die Steuererträge sind zwar dank Zunahme der Grundstückgewinn- sowie Quellensteuern gesamthaft gesehen stabil – der Rückgang der Steuererträge der in der Stadt ansässigen natürlichen und juristischen Personen zeigt aber, dass die Banken- und Währungskrise nach wie vor Auswirkungen auf die Steuererträge hat. Ein Blick auf das wirtschaftliche Umfeld zeigt, dass die Steuererträge wohl auch in den nächsten Jahren nicht auf dem jetzigen Niveau gehalten werden können. Diesem Sachverhalt ist – ohne dabei in Panik auszubrechen – zukünftig vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die hohe Qualität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Zürich ist aus Sicht der CVP jedoch zu erhalten, denn hier liegt aus Sicht der Fraktion der CVP der Schlüssel für den langfristigen Erfolg unserer Stadt.

Trotz dem positiven Ergebnis der Rechnung 2011 bleibt die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben für die CVP-Fraktion ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat. Die nächsten Jahre werden für die Stadt Zürich aus finanzpolitischer Sicht nach wie vor schwierig werden und es ist unerlässlich, auch zukünftig an restriktiven Budgetvorgaben festzuhalten. Hier steht aber auch das Parlament in der Verantwortung, welches immer mehr Aufgaben an die Verwaltung delegiert.

Die erneute Erhöhung der Stellenzahl im 2011 von rund 210 Stellen gegenüber der Rechnung 2010, stellt aus Sicht der CVP einen Trend in die falsche Richtung dar. Auch wenn die Stellenerhöhungen im Einzelnen gut begründet sind, steht die CVP dieser Entwicklung kritisch gegenüber.

Die Investitionsausgaben der Stadt Zürich konnten im Jahr 2011 weiter verstetigt werden, was einer wiederholten Forderung der CVP entspricht. Auch wenn ein hoher Nachholbedarf an Ersatz und Neuinvestitionen vorhanden ist, gibt es aus unserer Sicht keine sinnvolle Alternative zu verstetigten Investitionen. Hier ist der Stadtrat und das Parlament im Sinne der Priorisierung der Investitionsvorhaben stark gefordert.

Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit den vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln. Ebenfalls in diesen Dank eingeschlossen sind die Anstrengungen der Stadt, weiterhin Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

2836. 2012/258

**Erklärung der AL-Fraktion vom 20.06.2012:
Rechnung 2011**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Was bleibt, ist die Ohrfeige für das städtische Personal

Mit der Abnahme der Rechnung 2011 ziehen wir den Schlussstrich unter eine finanzpolitische Posse. Mit ihrer pauschalen Budgetrückweisung hat die bürgerliche Allianz die Verwaltung im Winter 2010/2011 ein halbes Jahr lang in Atem gehalten. Unmittelbar nach der Verabschiedung des überarbeiteten Budgets ist das grosse Bündnis mit viel Krach auseinandergebrochen. Heute halten wir Rückschau.

Mit drei Massnahmen hat Martin Vollenwyder im Winter 10/11 die Wünsche der rechten Kraftmeier (es waren wirklich nur Männer) erfüllt:

- Der Finanzvorstand hat erstens die Ertragsprognosen nach oben korrigiert. Wegen diesen Verschönerungen weist die Stadt 2011 erstmals seit dem Crash-Jahr 2007 wieder weniger Einnahmen aus, als budgetiert worden sind.
- Der Finanzvorstand hat zweitens der Verwaltung mit Pauschalkürzungen auf den üblichen Konten ein Programm verordnet, das angesichts des im Budget 1 ausgewiesenen Minus wohl nötig war. Laut erstaunlich einhelligen Aussagen aus den Dienstabteilungen hat man von diesen Sparmassnahmen in der Praxis kaum etwas bemerkt.

- Der Finanzvorstand – der auch oberster Personalchef der Stadt ist – hat als Drittes dem Personal den Gürtel enger geschnallt.

Die 70 Millionen, die er den Städtischen im Auftrag von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP abgeknöpft hat, sind das, was von der gross angekündigten Rückweisung bleibt: Eine Ohrfeige für 25'000 Angestellte, die trotz der vom Stadtrat im Jahr 2012 eingestellten Zusatzausgaben nachhaltige Wirkung zeigt. Die Kosten einer verfehlten Personalpolitik des Gemeinderates werden selten direkt sichtbar. Dass sie höher sind, als die nicht ausgegebenen 70 Millionen Franken, wird jedoch kaum jemand bestreiten.

Die AL hat im Dezember 2010 den Vorschlag gemacht, statt der bürgerlichen Rosskur eine moderate Budgetverbesserung ohne „Gürtel-enger-Schnallen“ in Auftrag zu geben. Der Rückblick auf unseren damaligen Kompromissvorschlag, der hüben und drüben auf Ablehnung stiess, bestärkt uns in unserer finanzpolitischen Grundhaltung.

Anzumerken bleiben zwei Dinge:

1. Die AL und die finanzpolitisch vernünftige Mehrheit des Gemeinderates hat mit dem Gemeindereferendum gegen die kantonale Unternehmenssteuerreform der Stadtkasse mehr Gutes getan als die bürgerliche Sparkoalition. Dank dem Referendum gegen die Abschaffung der Kapitalsteuer hat die Rechnung der Stadt in den Jahren 2011 und 2012 um je rund 30 Millionen Franken besser abgeschnitten, als von SVP und FDP vorgesehen. Nach dem Abstimmungswochenende vom 17. Juni sieht es ganz danach aus, dass das auch so bleiben wird.
2. Am 25. November gilt es, den nächsten bürgerlichen Angriff auf die städtischen Finanzen abzuwehren. Der Kahlschlag bei der Grundstückgewinnsteuer, die das HEV-Orchester von FDP, SVP und CVP im Kantonsrat durchgewürgt hat, würde der Stadtkasse jährlich weitere rund 30 Millionen Franken entziehen.

Persönliche Erklärungen:

Dr. Martin Mächler (EVP) verliest eine persönliche Erklärung der EVP-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2011.

Christoph Spiess (SD) verliest eine persönliche Erklärung der SD-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2011.

2829. 2012/113

Weisung vom 21.03.2012:

Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanz- und des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Ich habe mich über die sehr grosse Ausgabendisziplin der Verwaltung gefreut. Hinter den oft gezogenen Parallelen zu maroden europäischen Ländern kann ich hingegen nicht stehen. Die pauschalen Kürzungen können natürlich nicht immer repetiert werden. Über die diesbezüglichen Möglichkeiten werden wir mit der RPK diskutieren. Um die Verzichtspläne bei Wohnungen werden wir hoffentlich herum kommen. Dem Ausblick sind zwei schwergewichtige Herausforderungen zu entnehmen, nämlich der steigende Betreuungsbedarf und die instabile Situation im Gesundheitswesen. Unseren Unternehmen geht es zwar deutlich besser als anderen, aufgrund des Eurokurses ist aber selbstverständlich eine Margenverengung vorhanden, sodass wir nicht mit durchstartenden Steuererträgen rechnen können. Das Klumpenrisiko Finanzplatz besteht schon seit 2008. Deshalb behalten wir die Situation im Auge. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass wir die zukünftigen Herausforderungen meistern können. Zurücklehnen dürfen wir uns aber keinesfalls.*

STR Gerold Lauber: *Das Schulamt ist im Bericht der RPK leider sehr negativ prominent. Das Schulamt, das Departement und der Vorsteher haben Fehler gemacht. Dafür wurden wir von der RPK zu Recht streng gerügt, und dafür übernehme ich die Verant-*

wortung. Es gibt keine Entschuldigungen, aber vielleicht ein paar Erklärungen: Für den Ausbau der Hortplätze gibt es zwei rechtliche Grundlagen, nämlich die kommunale Verordnung und das Volksschulgesetz. In den letzten Jahren konnten wir die Plätze im Bereich Hort verdoppeln. Die Nachfrage wird weiterhin stark steigen. Die Planung ist machbar und wird nächstes Jahr garantiert richtig durchgeführt werden. Es gibt allerdings verschiedene, ganz schwierige Schnittstellen zwischen der Hortleitung, der Leitung Betreuung, der Schulleitung, den Kreisschulpflegern, der IMMO sowie dem Amt für Hochbauten. Wir haben viele Anstellungen im Monatslohn und fast gleich viele im Stundenlohn. Wir haben unterschiedliche Pensen – viele davon Teilzeit und kurzfristig abrufbar. Wir unterliegen starken Monatsschwankungen, haben weiter Ferienhorte und die Betreuung in den Sonderschulen. Wir arbeiten mit Jahresdurchschnittszahlen, was das Ganze nicht einfacher macht. Das Reporting haben wir mittlerweile im Griff. Das Controlling-System hingegen hat im letzten Herbst noch nicht gegriffen, was uns hier auch zu Recht vorgeworfen wird. Prozedurale und personelle Konsequenzen sind die Folge. Die Budgetierung der Personalkosten soll möglichst transparent erfolgen. Der positive Abschluss des Schulamts ist nur halb befriedigend, weil wir zwar unter dem Budget abgeschlossen, aber zusätzliche Mittel gebraucht haben. An die im Bericht erwähnte Aussage vom November 2011, wonach wir genügend Mittel hätten, kann ich mich nicht erinnern. Klar ist, dass es für Hortplätze nicht nur genügend Geld, sondern auch geeignete Strukturen und das richtige Personal braucht. Betreuung und Schule wachsen zusammen, in den letzten 175 Jahren stand der Bereich Schule nie vor derart grossen Herausforderungen wie heute. Am Thema Tagesschulen arbeiten wir intensiv. Die Nachfrage wird weiter steigen, und deshalb sind wir froh, dass die RPK den Ausbau auch in Zukunft aufmerksam begleiten wird.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll Nrn. 2830–2836

Eintreten ist unbestritten.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK ist zufrieden, dass es der Stadt Zürich gut geht, honoriert die Haushaltsdisziplin der Verwaltung und beantragt, die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich zu genehmigen.

Roger Liebi (SVP): Wir haben wieder 150 Mio. Franken mehr Schulden, es sind jetzt 8,7 Mrd. Franken. Es ist natürlich einfach, bei einem tiefen Zinssatz Investitionen zu tätigen und Schulden zu machen. In ausländischen Städten, wo Bauten mit internationaler Ausstrahlung errichtet wurden, ist das Geld bereits verfallen, der Rest wird folgen. Angesichts der steigenden Grundstückgewinnsteuern erstaunt es mich, dass die linken Parteien über die Rechnung erfreut sind. Dies zeugt von einer schizophrenen Politik. Die Hälfte des Obligationenportfolios der Pensionskasse der Stadt Zürich ist mittlerweile in inflationsgeschützte Anlagen investiert; die positive Bilanz von Stadtrat Martin Vollenwyder erstaunt deshalb. Fakt ist: Schulden bereiten uns Sorgen. Wir stehen vor sehr schwierigen Herausforderungen. Einmal mehr wurde die Chance verpasst, Eigenkapital zu bilden. Deshalb können wir die Rechnung 2011 nicht annehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): Ein paar Beispiele aus der Rechnung 2011 zur Veranschaulichung, wie der linke Stadtrat Steuergelder verschleudert: Der neue Leiter Parlaments-

dienste hat den Steuerzahler schon viele Franken für Abgangsentschädigungen für ehemalige Angestellte der Parlamentsdienste gekostet. Das vom Gemeinderat bewilligte Budget 2011, z. B. für Aus- und Weiterbildung, wurde um rund 60 % überschritten. Der damalige Gemeinderatspräsident bewilligte die Ausgaben in Eigenregie, ein Zusatzkreditbegehren wurde dem Parlament nie gestellt. Für sogenannt unverschuldete Entlassungen, von denen aber gar nicht die Rede sein kann, gibt die Stadt Zürich jedes Jahr 1-2 Mio. Franken aus. Die Stadt Zürich honoriert auch Beendigungen des Anstellungsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen, welche nicht im geringsten etwas zu tun haben mit unverschuldeten Entlassungen. Neben dem vom Kanton aufoktroierten Pflichtbetrag von 7,7 Mio. Franken an die Asylorganisation Zürich sind von der Stadt Zürich zusätzlich freiwillige Spezialleistungen von rund 1,7 Mio. Franken gesponsert worden: Das Projekt Trampolin Basic, das Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Zwischenlösung und den Zugang zu Brückenangeboten und Berufsausbildungen erleichtern soll, erleichtert den Stadtzürcher Steuerzahler um rund 340 000 Franken. Die Hotline und Beratungsstelle Konfliktophon, die bei kulturell gefärbten Konflikten vermittelt, hat 121 000 Franken gekostet. Das Internetcafé für junge Schwarze hat Kontakt- und Informationsmöglichkeiten mit niedriger Zugangsschwelle und einfachen Beratungs- und Triageangeboten geschaffen – was auch immer das heissen soll. So besonders und originell die freiwilligen städtischen Leistungen sind, so wahrscheinlich ist es auch, dass das Geld für Leute ausgegeben wird, die unser Land in aller Regel schon bald wieder verlassen müssen.

Theo Hauri (SVP): Von «Kapputtsparen» kann angesichts der Rekordsteuereinnahmen von 2,39 Mrd. Franken und dem Ausgabenüberschuss von rund 5,8 Mio. Franken keine Rede sein. Leider hat die Ratsmehrheit Zusatzkredite von fast 6 Mio. Franken verabschiedet. Das sogenannt gute Resultat ist allerdings weitgehend durch weniger Aufträge an Dritte aus Wirtschaft und Gewerbe sowie durch wesentlich günstigere Energiekosten zustande gekommen. Nur eine finanzstarke Stadt mit einer noch schlankeren Verwaltung und noch weniger Luxusausgaben wird die kommenden wirtschaftlichen Turbulenzen einigermaßen schadlos überstehen. Nachbesserungsbedarf besteht z. B. im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) und im Departement der Industriellen Betriebe (DIB). Das Fremdkapital muss konsequent abgebaut werden, und das völlig ungenügende Eigenkapital ist markant zu stärken.

STR Martin Vollenwyder: Es ist richtig, dass die Pensionskasse inflationsgeschützte Obligationen zeichnet. Deshalb nehmen wir tendenziell auch eher mehr Reservefremdkapital auf. Die Inflationsgefahr wird eines Tages natürlich wieder bestehen – zum Glück wissen wir nicht wann.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsreferent:

Roger Liebi (SVP): *Ich empfehle ihnen die Dispositivziffer 2 zur Annahme.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.

Zustimmung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der RPK bittet, der Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zuzustimmen.*

Roger Liebi (SVP): *Wir haben Rekordzahlen im Asylwesen und eine Asyl-Organisation, die mehr tut, als sie eigentlich müsste – und gleichzeitig die riesigen Probleme und Missstände ignoriert. Die AOZ hat sich breiter abgestützt, um ihre Leute auch in asyl-konjunkturell schwächeren Lagen beschäftigen zu können. Nun hat sie zwei Strukturen und braucht entsprechend Geld, um allen ihren Leistungen nachkommen zu können. Würde sie sich aber an ihre Soll-Leistungen halten, müsste sie keinen Verlust ausweisen. Auch in diesem Bereich möchte die Stadt Zürich offenbar international ausstrahlen, verkennt dabei aber den entgegenlaufenden Willen der Bevölkerung. Die AOZ in dieser Form können wir nicht unterstützen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Die RPK und der Gemeinderat haben den Auftrag, den Umgang mit den finanziellen Ressourcen anzuschauen. Die AOZ hat relativ viel Geld zur Verfügung, aktuell sind es 53,5 Mio. Franken bei einem Verlust von 1,1 Mio. Franken. Ihr sozialistisches Programm umfasst Betreuung, Unterkunft, Wohlfühl- und Beratungsangebote, unter anderem Familiencoaching. 2010 gab es 49 Fälle von Familiencoaching, wobei für eine Familie sage und schreibe 100 Stunden aufgewendet wurden. 2011 waren es 42 Fälle zu 160 Stunden. Im Workcenter waren 2011 28 % weniger Personen als im Vorjahr, dafür ist die Zahl der Personen im Assessment von 43 auf 111 gestiegen.*

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Einerseits ist das Ziel der AOZ die Wahrnehmung aller Aufgaben im Asylwesen, zu denen die Stadt Zürich aufgrund übergeordneter Gesetze verpflichtet ist. Auch die SVP ist der Meinung, dass die humanitäre Tradition der Aufnahme echter Flüchtlinge jederzeit gewährleistet sein muss. Andererseits nimmt die AOZ auch gern Wünsche von der Stadt entgegen, vor allem für besondere städtische Integrationsbedürfnisse im Auftrag des Stadtrats. Dabei handelt es sich um steigende Beträge über aktuell 1,5 Mio. Franken. Die Finanztransfers an die AOZ in Bezug auf gesetzliche*

Minimalaufträge und für die freiwilligen zusätzlichen Leistungen durch die Stadt Zürich sind für Normalbürger undurchsichtig, weil sie unter dem Namen Asyl-Organisation etwas anderes verstehen. Ursprünglich war die AOZ für die kommunale Asyl- und Flüchtlingsfürsorge im kantonalen Auftrag zuständig. Immer mehr asylbewerbende Menschen aus der ganzen Welt kommen in die Schweiz und vor allem nach Zürich, weil die AOZ Zürich als die asylfreundlichste Stadt in Europa anpreist. Fast 80 % der Asylsuchenden sind Männer zwischen 25 und 30 Jahren, die sehr schnell Sozialhilfe beziehen können. Zeitungsberichte über die gestiegene Kriminalität werden verdrängt. In den letzten Jahren hat sich die AOZ in eine Richtung entwickelt, die von vielen Leuten nicht mehr als richtig beurteilt wird. Qualitätseinbussen und Verzicht beim Leistungsangebot der AOZ wären verkraftbar. Die AOZ muss zurückgebunden werden, damit die unerwünschte Zuwanderung nicht noch mehr gefördert wird. Schulden dürfen nicht mehr geduldet werden, Fehlbeträge müssten abgezogen statt abgenickt werden. Die Hilfe muss sich auf Nothilfe beschränken. Der Stadtrat soll sich überlegen, wie er die AOZ neu organisieren und zutreffender benennen könnte, um funktionelle und finanzielle Klarheit für die Bevölkerung zu schaffen.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.

Zustimmung: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Dispositivziffer 4

Kommissionsreferent:

Roger Liebi (SVP): *Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 4

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.

Zustimmende Kenntnisnahme: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Daniel Meier (CVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.
3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Juni 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2837. 2012/259

Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP) vom 20.06.2012: Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskanten mit einem «Kasseler Sonderbord»

Von Hans Jörg Käppeli (SP) ist am 20. Juni 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der Haltestelle Sihlpost die Buskanten in einem Pilotprojekt mit einem „Kasseler Sonderbord“ ausgerüstet werden können.

Begründung:

Bei der Haltestellen Sihlpost wird der Konflikt bezüglich der Höhe der Haltekante von kombinierten Tram-/ Bushaltestellen elegant vermieden. Die Haltestelle ist derart verlängert, dass je ein Haltebereich dem Tram bzw. dem Bus zugeordnet wird. Damit konnte der Haltebereich des Trams auf der gesamten Länge mit der hohen (30 cm), komfortablen und behindertengerechten Haltekante ausgerüstet werden. Der Busbereich ist mit der für den Bus passenden niedrigeren Haltekante ausgerüstet.

Der Abstand (1.45 m) der hohen Tramhaltekante zum Gleis richtet sich nach dem zulässigen Lichtraumprofil mit ausgeklapptem Trittbrett, bzw. dem möglichst geringen Spalt zwischen Haltekante und Trittbrett.

Leider wurde die Buskante in der Verlängerung der Tramkante erstellt. Dies führt dazu, dass ein Bus der möglichst nahe an der Buskante anhält, bei der Wegfahrt an der hohen Tramkante entlangschrammt und der Bus beschädigt wird. Die BusfahrerInnen wollen dies vermeiden und halten deshalb mit einem vergrösserten Abstand zur Bushaltekante an. Dadurch wird der Spalt zwischen Bus und Haltekante stark vergrössert. Damit wird der Vorteil von Niederflurbussen wieder zunichte gemacht. Das ist für Menschen mit einer Behinderung ein unüberwindbares Hindernis und für die übrigen BusbenützerInnen eine Komforteinbusse und birgt zudem eine grosse Stolpergefahr.

Dieses Problem kann vermieden werden, wenn die niedrige Buskante näher am Gleis (Abstand 1.35 m) erstellt wird. Das ist möglich, ohne dass das Tram bei ausgeklapptem Trittbrett mit der Buskante kollidiert falls es im Busbereich anhalten müsste.

Wenn die Buskanten gleichzeitig noch mit dem „Kasseler Sonderbord“ ausgerüstet würden, könnten die

Busse ohne Spalt an der Haltekante anhalten. Das „Kasseler Sonderbord“ ist zudem so ausgebildet, dass die Pneus geschont werden.

Das „Kasseler Sonderbord“ könnte mit sehr geringen Kosten an der Haltestelle Sihlpost als Pilot getestet werden. Gestützt auf die praktischen Erfahrungen könnten dann geeignete weitere Haltestellen bei Neubauten oder Erneuerungen damit ausgerüstet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

2838. 2012/260

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom 20.06.2012:

Personal- und Sachaufwand für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ)

Von Roland Scheck (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) ist am 20. Juni 2012 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2012/109 von Dr. Daniel Regli und Roland Scheck betreffend Aufwand und Personaleinsatz für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ) vom 14. März 2012 wurde unter 4. und 5. die Frage gestellt, wie viel Arbeitszeit des VRZ-Personals die Behandlung einer zugeführten Person (Durchschnittswert) in den vergangenen Jahren in Anspruch nahm.

In seiner Antwort vom 06. Juni 2012 war der Stadtrat offensichtlich aber nicht bereit, die erwähnten Fragen 4. und 5. materiell zu beantworten und damit den durchschnittlichen Personalaufwand pro Klient/in offenzulegen.

Aus diesem Grund bitten wir um die entsprechenden Datengrundlagen, um die entsprechenden Durchschnittsberechnungen selber durchzuführen:

1. Wie viele Stellenprozentage aus allen Departementen wurden in den Jahren 1995, 2000, 2005 und 2011 für das VRZ aufgewendet?
2. Welchen Personalaufwand verursachten diese Stellenprozentage in den unter 1. genannten Jahren?
3. Welchen Sachaufwand verursachte das VRZ in den unter 1. genannten Jahren?
4. Wie viele Klient/innen wurden dem VRZ in den unter 1. genannten Jahren zugeführt und behandelt.

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2839. 2012/83

**Schriftliche Anfrage von Alecs Recher (AL) vom 07.03.2012:
«Universal Periodic Review» des UNO Hauptkommissariats für Menschenrechte,
Kommunikation des Bundes und Stand der Umsetzung der Empfehlungen in der
Stadt Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 696 vom 6. Juni 2012).

- 2840. 2012/84**
Schriftliche Anfrage von Marianne Dubs Früh (SP) und Michel Urben (SP) vom 07.03.2012:
Zürich Affoltern, Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 721 vom 7. Juni 2012).

- 2841. 2012/105**
Schriftliche Anfrage von Michael Baumer (FDP) vom 14.03.2012:
Aufhebung des Vortritts an der Hofwiesenstrasse, Rechtsgrundlage der Verfügung während der laufenden Einsprachefrist sowie alternative Möglichkeiten zur Veloführung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 699 vom 6. Juni 2012).

- 2842. 2012/108**
Schriftliche Anfrage von Andreas Hauri (GLP) und Samuel Dubno (GLP) vom 14.03.2012:
Nutzung der Social Media für die städtische Kommunikation

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 704 vom 6. Juni 2012).

- 2843. 2012/109**
Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 14.03.2012:
Aufwand und Personaleinsatz für den Betrieb des Vermittlungs- und Rückführungszentrums (VRZ)

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 700 vom 6. Juni 2012).

- 2844. 2011/77**
Weisung vom 16.03.2011:
Elektrizitätswerk (ewz), Anpassung der Tarife des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

- 2845. 2012/61**
Weisung vom 29.02.2012:
Elektrizitätswerk, Bau des Kraftwerks Tiefencastel Plus, Bewilligung Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

2846. 2011/497

**Weisung vom 15.12.2011:
Schauspielhaus Zürich AG, Überführung des «Jungen Schauspielhauses» in einen Dauerbetrieb und Fortführung der Subvention**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

2847. 2011/328

**Weisung vom 14.09.2011:
Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Oerlikon, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

2848. 2011/501

**Weisung vom 21.12.2011:
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Aargauerstrasse, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. April 2012 ist am 24. Mai 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 27. Juni 2012.

2849. 2010/148

**Weisung 494 vom 07.04.2010:
Tiefbauamt, Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2010/148 Weisung 494 vom 07.04.2010:
Baulinienrevisionen im Quartier Affoltern, Kreis 11, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung im Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Kommunalen Verkehrsplans der Stadt Zürich und an die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

51'693 Ja 20'987 Nein

2850. 2011/67

**Weisung vom 09.03.2011:
Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative», Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2011/67 und 2011/68 zwei Weisungen vom 09.03.2011:
KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)

63'412 Ja 10'142 Nein

2851. 2011/68

**Weisung vom 09.03.2011:
Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative», Ablehnung**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 17. Juni 2012 über folgende Vorlage entschieden:

2011/67 und 2011/68 zwei Weisungen vom 09.03.2011:
KMU-Artikel in der Gemeindeordnung: «Günstige Rahmenbedingungen und Beachtung der Regulierungsfolgen für die lokale Wirtschaft und die KMU» (Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen)

63'412 Ja 10'142 Nein

Nächste Sitzung: 20. Juni 2012, 20.30 Uhr.